

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Drauf und Druck der C. Koch'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strauß), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

Nr 73

Neuenbürg, Mittwoch, den 26. März 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 26. März. Der Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Württembergs hat beschlossen, zur Wahl für den Reichstag als Kandidaten aufzustellen: 1. Stetter, Hans, R. d. L., Stuttgart; 2. Müller, Karl, R. d. L., Weingarten; 3. Schwann, H., Deilbronn; 4. Dörmann, E., Gillingen; 5. Daller, Schwemlingen; 6. Fischer, Weingarten. Zur Landtagswahl sind für die Landesliste gewählt: Karl Müller, R. d. L., Weingarten; 2. Schumacher, Friedrichshafen; 3. Veder, Gmünd; 4. Karl Schmid, R. d. L., Stuttgart; 5. Schwann, Deilbronn; 6. Stähler, Weingarten a. N.; 7. Brönne, Stuttgart; 8. Kober, Stuttgart; 9. Roth, Gillingen; 10. Hans Stetter, R. d. L., Stuttgart; 11. Frau Thalheimer-Schüttle, Stuttgart; 12. Frau Schneider, Cannstatt.

Frankfurt, 25. März. Der Republikanische Reichsbund hat bei der Münchener Staatsanwaltschaft gegen die Herrin von Rahr, Lohse, Seifer, Dr. von Knilling und Minister Dr. Schmeider Strafantrag wegen Verherrlichens gegen den Paragraphen 346 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt. Es heißt in dem Strafantrag, daß diese Personen als Beamte verpflichtet gewesen wären, für die Verhaftung des wegen Meineids angeklagten früheren Kapitän Ehrhardt zu sorgen.

Weimar, 25. März. In eine schwierige Lage sieht sich die neue Thüringische Regierung versetzt durch den Vertrag, den der frühere Finanzminister Hartmann mit dem Staatsbankpräsidenten Lab abgeschlossen hat, und zwar noch wenige Tage vor der Landtagswahl. Die jährlichen Bezüge wurden zunächst auf 10 000 Dollar gleich 12 000 Goldmark festgesetzt. Diese Bezüge steigen innerhalb der nächsten zehn Jahre bis auf 63 000 Goldmark im Jahre. Wie weiter verläuft, hat Lab im Falle einer Kündigung während seiner zehnjährigen Vertragszeit eine Entschädigung von einer halben Million Goldmark ausbedungen. Gegenwärtig wird von juristischen und Bankfachleuten die Nichtigkeit dieses außerordentlichen Vertrages geprüft. In Abgeordnetensitzen wird die Ansicht vertreten, daß der Vertrag für ungültig zu erklären sei, da er gegen die guten Sitten verstoße, da die Verhältnisse und Wechselverhältnisse eines Beien in großer Weise zum Schaden der Allgemeinheit mißbräuchlich wurde.

Berlin, 25. März. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers sollen Verhandlungen für die Ricumverträge beginnen.

Berlin, 25. März. Deutschland hat bis jetzt rund 50 Milliarden als Kriegsschuldung abgeliefert. Über der Schuld erkennt das nicht an und der Reparationsausgleich schlägt der Wahrheit ins Gesicht, indem er jetzt eine Zusammenstellung veröffentlicht, laut der Deutschland seit dem Waffenstillstand nur 8 411 539 000 Goldmark geleistet habe. Dabei sollen in diesen Betrag auch die geraubten Kriegsgüter, Schiffe und die Goargruben eingeschlossen sein.

Berlin, 25. März. In dem Prozeß gegen mehrere Mitglieder der Hofstadterorganisation wegen verbotener Gründung einer politischen Partei ließ es das Gericht dahingestellt sein, ob es sich tatsächlich um eine Fortsetzung der verbotenen Vereinigung gehandelt hat, glaubte den Angeklagten, daß sie an eine wirkliche Neugründung gedacht hätten und sprach sie deshalb frei. — Gegen die Führerin der kommunistischen Frauenbewegung, die ehemalige Reichstagsabgeordnete Klara Jettin, hat laut Berliner Tageblatt der Oberreichsanwalt Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen. Klara Jettin hält sich seit mehreren Monaten in Moskau auf.

Württembergischer Städtetag.

Stuttgart, 24. März. Am letzten Freitag trat der erweiterte Vorstand des Württ. Städtetags in Stuttgart zu einer Sitzung zusammen, um zu der wichtig. Land-Steuernotverordnung und dem Entwurf von Abänderungen des Schulkassen-gesetzes Stellung zu nehmen. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Tagesordnung fanden sich dazu 22 Vertreter ein. In der Aussprache wurde einmütig der stärkste Widerspruch gegen die Absicht des Staates laut, das gemeindliche Steuerrecht noch weiter auszuweiten und die Katastersteuern noch mehr als bisher für sich in Anspruch zu nehmen. Der Städtetag verlangt eine gerechtere Verteilung des Landesanteils an der Einkommensteuer im Sinne einer Erhöhung des Anteils der Gemeinden, eine angemessene Festsetzung des Umlagehöchstbetrags der Gemeinden und die Beseitigung der Erhöhung des Staatssteuerbetrags, ferner die Begrenzung der Amtsdarstellungsdauer, die in vielen Gemeinden den größten Teil der Gemeindevermögenslage verschlingt. Die gesetzliche Festlegung des Anteils des Staates an den Kosten der Wohlfahrtspflege, wobei der Städtetag davon ausgeht, daß der Staat an diesen Kosten mindestens im bisherigen Umfang teilnimmt, weiter die hälftige Beteiligung des Staates an dem sachlichen Aufwand der Gewerbe- und Handelskassen und die Aufrechterhaltung des Art. 24 des Verfassungsgesetzes. Sodann hält er eine Aenderung in der Veranlagung zur Gewerbesteuer für dringend notwendig, einer Steuer, die in den letzten Monaten in viel zu weitgehendem Maße ermäßigt worden ist. Mit großer Entschiedenheit spricht er sich gegen eine Aufhebung der Wohnungsveränderungswirtschaft aus, hat aber gegen die Einführung einer Zwangsbaupflicht und die Aufhebung des Mietrechts bei großen Einkommen nichts einzuwenden. Am Schluß beschäftigte sich der Vorstand des Städtetags noch mit der Frage, ob es sich empfehlen würde, die Gemeinderäte des Landes im Laufe des Sommers vollständig neu zu wählen. Er kam dabei zu der übereinstimmenden Ansicht, daß es höchst bedenklich und auch für die Verwaltungsgeschäfte in den Gemeinden äußerst schmerzhaft wäre, wenn in der durch die Reichs- und Landtagswahlen ohnehin stark erzeugten Zeit auch noch Gemeinderatswahlen vorgenommen würden.

Landwirtschaftskredite.

Stuttgart, 24. März. Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Bürgschaft des Württembergischen Staats für

Darlehen zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung zugegangen. Den Darlehensklassen lassen in den letzten Monaten in keinem irgend nennenswerten Umfang Einlagen ihrer Mitglieder zu, während andererseits die Zahl der Kreditgelehnungen ihrer Mitglieder betrüblich zunahm. Sie waren daher genötigt, sich an die Genossenschaftszentralstelle zu wenden, die aber mangels jeglichen Zutreffens an Ueberbürgeldern ihrer 157 Mitglieder genossenschaftlich nicht in der Lage war, ihrer Aufgabe als Geldausleiherstelle ihrer Mitglieder gerecht zu werden und aus eigenen Mitteln Kredit zu gewähren. Der ihr seitens der Preussischen Zentralgenossenschaftszentralstelle in Berlin eingeräumte Kreditsanitätskredit ist erschöpft, und so mußte sie, um den an sie herantrappenden Kreditanforderungen entsprechen zu können, und damit das für den Weiterbestand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens unentbehrliche Vertrauen der Landwirtschaft in die Leistungsfähigkeit ihrer Organisation zu erhalten, weitere Kredite bei der Preussischen Zentralgenossenschaftszentralstelle in Anspruch nehmen, die aber nur unter der Bedingung zugesichert wurden, daß der Staat Bürgschaft leiste. Um die durch die Kreditnot gefährdete Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu sichern, ist durch Beschluß des Finanzministeriums vom 11. März 1924 die Staatsregierung vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags zur Uebernahme dieser Staatsbürgschaft vorläufig ermächtigt worden und auf Grund hiervon wurde gegenüber der Preussischen Zentralgenossenschaftszentralstelle Bürgschaft bis zur Höhe von 5 Millionen Rentenmark für die landwirtschaftliche Genossenschaftszentralstelle geleistet. Der Bürgschaft die erforderliche gesetzliche Grundlage zu verschaffen, ist der Zweck des Entwurfes.

Aus der Wahlbewegung.

Berlin, 25. März. In den ersten Tagen nach der Gründung der Nationalliberalen Vereinigung ist aus deren Kreisen wiederholt berichtet worden, man beachtete keine Abtrennung, wolle vielmehr als Souverän in der Deutschen Volkspartei verbleiben. Kennen der Parteipolitik und der Wahlpolitik haben diese Erklärung immer schon mit einer leichten Skepsis begleitet. Wirklich stellt sich nun auch heraus, daß sie keineswegs so ernst gemeint ist. Am Sonntag hat nämlich Maxfeldt seine Getreuen aus dem Wahlkreis Potsdam um sich versammelt. Dabei erklärte er, er sei zwar unter keinen Umständen bereit, innerhalb der Deutschen Volkspartei eine Sonderkandidatur zu betreiben, er werde auch von jeder Kandidatur absehen, falls der Parteitag in Hannover den Forderungen der Nationalliberalen Vereinigung Rechnung trüge und die Deutsche Volkspartei unter Preisgabe ihrer bisherigen Mittelpolitik einmütig und entschieden sich für die Bildung einer rechtsgerichteten Regierung einsetze. Sollte diesem, wie Herr Maxfeldt es zu bezeichnen beliebte, sachlichen Standpunkt nicht willfahren werden, so würde es allerdings zu einem Bruch zwischen der Deutschen Volkspartei und der Nationalliberalen Vereinigung kommen müssen. In diesem Fall beziehe er sich seine volle Entschließungserklärung vor. Mit anderen Worten: Die Herren von der Nationalliberalen Vereinigung fordern, daß die Partei nach ihrer Weise tanze. Geschieht das nicht — will sagen, geht die Deutsche Volkspartei nicht in der Nationalliberalen Vereinigung auf —, so find die Herren Maxfeldt, Böglar und Maxfeldt für die Spaltung.

Ausland.

Paris, 25. März. General Ribelle ist am Samstag nachmittag an einer Lungenentzündung gestorben. Ribelles Name ist untrennbar verbunden mit den mörderischen Schlochten an der Nordfront von Verdun. Die Soldaten nannten ihn den „Blutwäcker von Verdun“. Ribelle war Vater und rechtschaffener Vorkämpfer der Ansicht, ohne Rücksicht auf Verlinde irden soll Verdun nördlich der Höhe zu halten und legte sich gegenüber dem vor den Verlusten erlackernden Joffre durch. Wagnisbedinglich ist der General unerwartet gestorben.

Paris, 25. März. Es wird berichtet, daß unter den Sachverständigen ungeliebte Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Leistungsfähigkeit und die Moratoriumsfrage bestehen.

Tatlosigkeit in Wien.

Wien, 24. März. Das „Neue Journal“ gibt von der peinlichen Tatsache Kenntnis, daß während der Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers Dr. Marx und des deutschen Außenministers Dr. Stresemann sowohl die unter sozialdemokratischer Leitung stehende Stadt Wien, als auch die Sozialdemokratische Partei des Nationalrates sich jeder Form der Höflichkeit gegenüber den beiden Gästen enthalten hat. Der Reichskanzler Marx und Außenminister Stresemann haben beim Bürgermeister und auch beim sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Nationalrates ihre Karten abgegeben. Den drei Empfängern beim Bundespräsidenten, beim Bundeskanzler und beim deutschen Botschafter, zu denen sowohl der Bürgermeister als auch der sozialdemokratische Vizepräsident geladen waren, sind sowohl diese, als auch die sozialdemokratischen Abgeordneten ferngeblieben. Die Tatlosigkeit ging aber noch weiter. Am Donnerstag nachmittag hatte der Bundesminister die Presse mit einigen Regierungsmitgliedern zu einem Ausfluge in die Umgebung Wiens eingeladen. Zur selben Stunde trat eine Kommission im Nationalrat, in der die sozialdemokratischen Mitglieder vorherrschten. Diese verlangten, daß der Handelsminister sofort von dem Ausfluge zurückkehrer und im Nationalrat erscheine. Infolgedessen mußte der Ausfluge unterbrochen werden.

Frankzösische Rüstungstreiberien.

Paris, 25. März. Der heutige „Temps“ veröffentlicht an besonderer Stelle einen Artikel, in dem er sich mit den notwendigen maritimen Rüstungen Frankreichs im westlichen Mittelmeer befaßt. Das Blatt weist darauf hin, daß der französische Generalstab die Zahl der farbigen Soldaten, die

im Kriegsfalle an den Rhein geschickt werden müssen, auf 750 000 Mann beziffert. Da man sich daran denken mußte, daß sich bei einem solchen Truppentransport auch Verteilungsmassnahmen gegen eine Drohung von anderer Seite als notwendig erweisen könnten, so mußte man die französischen Seestreitkräfte um ein bedeutendes erhöhen. Zur Verbesserung der gesamten kolonialen Kontingente seien mindestens zwanzig Schlachtskreuzer, ungefähr hundert Torpedoboote und ebenso viele U-Boote nötig. Das französische Marineprogramm sehe jedoch solche Rüstungen nicht vor.

Die Kriegsschuldfrage im amerikanischen Senat.

Der Senator von Oklahoma, Robert L. Owen, dessen Rede zur Kriegsschuldfrage in Deutschland vielleicht mehr Aufsehen erregt hat als in den Vereinigten Staaten selbst, hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Komitees für auswärtige Beziehungen, am 19. Februar Antrag gestellt auf eine Untersuchung über die Schuld am europäischen Krieg; das Senatskomitee solle beauftragt sein und beauftragt werden, einen Ausschuss zur Erforschung des Ursprungs des großen Konflikts zu ernennen, der aus sieben oder neun Mitgliedern bestehen soll, die nicht in Auslandsdiensten stehen und die die verschiedensten Ansichten und Berufe zu repräsentieren hätten. Der endgültige Bericht dieses Ausschusses solle im Februar 1925 dem Senatskomitee übergeben werden, nachdem der Ausschuss alles verfügbare dokumentarische Material unter Anwendung der wissenschaftlichen Regeln historischer und historischer Art durcharbeitet hat, um auf diese Weise zu den wahrscheinlichsten Schlüssen darüber zu gelangen, wie sich die Schuld an die einzelnen Teilnehmer verteile. Es steht durchaus im Einklang mit seinen Pflichten und es ist diesen durchaus angemessen, daß unter Senat verstanden sollte, diesem fürstbaren Problem auf den Grund zu kommen, erklärte Owen bei Begründung seines Antrages. Mehr als hundert Millionen Menschen in Zentraluropa sind jetzt fünf Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, auch ferner überzeugt, daß ihre Regierungen nicht die einzigen gewesen sind, die in den Tagen, Monaten und Jahren vor dem verhängnisvollen 1. August 1914 sich schuldig gemacht haben. Da keiner die in den verschiedensten Verträgen ihnen auferlegten fürstbaren Lasten festgesetzt worden sind, wie der Vertrag von Versailles ausdrücklich konstatiert, wegen ihrer ausschließlichen Verantwortlichkeit am Krieg, so führen sie ihr ganzes Glend auf das zurück, was sie als eine ungerichtfertige und unhaltbare Erklärung betrachten.

Auf Grund dieser Ueberzeugung können Zentraluropa und in besonderer Deutschland kaum anders als eingeschlossen sein, das ganze Reparationschema umzustößen. Die Interessen von Millionen unserer Produzenten werden direkt berührt durch das, was jetzt und seit fünf Jahren sich in Europa gebildet. Unser Volk muß seine Zukunft bestimmen und dafür ist eine Kenntnis dessen, was an der moralischen Grundlage des Vertrages von Versailles Wahrheit ist, von vitaler Wichtigkeit.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 25. März. (Aus der Bezirksratssitzung vom 20. März 1924.) Entsprechend der Entwidlung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungswertfalls wurde eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen der Satzung der Oberamtsparkeise vorgenommen. — Die Aufwandsentschädigungen verschiedener Beamten sind nachgeprüft und die Wartgelder der Distriktsärzte unter Berücksichtigung eines angemessenen Entbehrungsfaktors auf Goldmark umgestellt worden. — Die Abrechnung eines Krankentransportwagens wurde den Benz-Berlen in Gaggenau übertragen. — Der Abmangel im Voranschlag für den Haushalt der Amtsdarstellung, umfassen die Monate Januar, Februar und März 1924 (die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1923 wird als abgefallen angesehen), ist auf 45 108 Goldmark festgesetzt worden. Der Abmangel soll durch Umlage in gleicher Höhe gedeckt werden. — Zur Entlastung des Voranschlags der Amtsdarstellung wurde beschlossen, bei der Amtsdarstellung zu beantragen, den Abschnitt 4 Beitragskosten usw. in der Straßensatzung zu streichen.

Neuenbürg, 25. März. Die Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg schreibt und: Im Februar sind Beiträge angefallen 24 000 Mark, ausgegeben wurden für Verzie 8 000 Mark gleich 33 Prozent, für Zahnärzte 1 000 Mark gleich 5 Prozent usw.

Neuenbürg, 25. März. (Verleihung von Eisernen Kreuzen.) Vom Wehrfrei-Kommando wird mitgeteilt: Die Bekanntmachung des Reichswehrministeriums über Verleihung von Eisernen Kreuzen hat eine Fülle von Anträgen zur Folge gehabt. Um Zweifel zu beseitigen, wird mitgeteilt, daß alle Anträge, die nach dem 25. Februar d. J. bei einer Dienststelle vorgelegt werden, nicht mehr beauftragt werden dürfen, und an die Absender zurückgegeben werden müssen, gleichgültig welche Begründung die Anträge haben. Die vor dem 25. Februar eingegangenen Anträge werden nur insoweit bearbeitet, als die Anträge mit der Verantwortung eines Feldwebels bereits vor dem 1. 12. 19. einer Dienststelle eingereicht worden sind. Es handelt sich also auch hier nur um Anträge, die Frontsoldaten betreffen. Etwasige Beurlaubungen an Soldaten, die in der Etappe oder in der Heimat verwendet wurden, scheiden ganz aus.

Neuenbürg, 25. März. Heute wurde uns ein junger Mitarbeiter gebracht; der braune Barock war wirklich lebendig. Wir planten, ihn einer Demne als Delikatess vorzulegen. Davon scheint er Wind bekommen zu haben, denn als wir ihn einstimmen auf eine Zimmerpflanze bei offenem Fenster setzten, benötigte er die Gelegenheit und nahm trotz Regenwetters französischen Abschied. Es wohl sein Erscheinen ein Zeichen bedauerlicher milder Wetter 19!

Weggepreis:

Halbmonatlich 17 Kreuzer bis 20 Kreuzer. Durch die Weg im Ost- u. Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen württ. Bezirk 50 Kreuzer bis 100 Kreuzer. Preis einer Nummer 100 Kreuzer. In Fällen von abweichender Besatz besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung bei auf Wiederhaltung des Weggepreises.

Beschwerden nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Postträger jederzeit entgegen.

Strofant Nr. 24 bei der C.V. Spatfabrik Neuenbürg.

Mittelpreis:

Die einjährige Zeitzeile ab dem 1. April im Bezirk 18, außer 20 Kreuzer mit Zul.-Zweier. Zeitzeile 100 Kreuzer. Zul.-Zweier. Offene u. Nachdruckzeitung 2 Kreuzer. 4 Zeilen 50 Kreuzer.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Falle des Nachversandens einfügig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Berechnungen außer Kraft.

Gerichtlicher Nr. 6. Für telefonische Aufträge wird telefonische Beweise übernommen.

figer-Berein

lung

2) Kassenbericht,

Generalversammlung

Freundlichst ein

der Aufsicht.

März 1924.

Teilnahme,

erluste meines

Interess guten

diesem Wege

Besonders

ihre seiner

undes, sowie

seiner Lebens-

bleiben.

Sabaken,

he und frisch

nen Preislagen,

virtuosen zc.,

gen- und

flister.

eld, wenn

kaufen!

von 4.20 an,

von 3.50 an,

remden,

anelle,

offe.

Porzheim

Schwann.

ee, Luzerne,

erbfen,

ermicken

entner, Gärtner.

Schwann.

stmädchen,

18 Jahren, such

entner, Gärtner.

LANDKREIS CALW



Kreisarchiv Calw

Birkenfeld, 24. März. Einen sehr genussreichen Abend hat uns die Birkenfelder Feuerwehrkapelle am freitaglichen Sonntag bereit durch das von ihr veranstaltete übliche Frühlingskonzert im Hotel zum Schwarzwaldbrunn. Leider war der Besuch durch eine zu gleicher Zeit stattgefundene Wählerversammlung ziemlich beeinträchtigt. Das reichhaltige Programm mit herrlichen Berken deutscher Musik. Wir erinnern nur an die schonungsvoll zum Vortrag gebrachte Duettszene zu „Dichter und Bauer“ von Suppe. Das Dreimädchenshaus von Schubert mit dem schönen Schlusssatz, dem Straußschen Walzer „Dorfschwalben aus Oesterreich“ mit dem tanzend nachgehenden Schwabengewissler, dann weiter die Ouvertüre zur Oper „Stradella“ von Hottel und besonders die Rübli im Schwarzwald, „Jubiläum“ von Eisenberg mit dem tanzend nachgehenden Rühlengeklapper und dem Pianissimo der Wasseräder. Letzteres Stück fand besonders großen Beifall und musste wiederholt werden. Nicht unerwähnt darf bleiben die Wiedergabe zweier allerliebster Schubertschen Lieder „Der Wanderer“ und „Am Meer“. Der Dirigent, Herr D. Heins, hatte seine Leute sicher in der Hand. Die Wiedergabe der einzelnen Nummern zeugte von einigen Proben. Hottels Zusammenspiel, Reinheit der Töne, mit Ausnahme von 3 oder 3 Stellen, welche wohl noch einige Proben ertragen hätten können, und künstlerisches Inbegriffen waren die hervorzuhebenden Eigenschaften, welche die Leistungen der Kapelle weit über den Durchschnitt erheben. Berücksichtigt man, daß die Mitglieder keine Berufsmusiker sind, so darf gesagt werden, daß die Vorbereitungen recht gute waren. Das erkantete auch die Jucherschaft an, die ihre Befriedigung durch reichen Beifall kund tat. Das Konzert bedeutet in künstlerischer Hinsicht einen Erfolg und wir hätten der Kapelle in materieller Hinsicht einen ebenso guten Erfolg gewünscht.

Birkenfeld, 24. März. Der heutige Homöopathische Verein hielt gestern mittag im Gasthaus zum Adler eine Versammlung, in welcher der Homöopath und Naturheilkundige Mater aus Forstheim einen Vortrag hielt über „Ältere Heilmittel und ihre Anwendung in Verbindung mit der Homöopathie“.

Württemberg.

Stuttgart, 20. März. (Niederlage der Kommunisten.) Bei den Delegiertenwahlen zum Ortsrat des ADGB in der Stuttgarter Verwaltungskommune des Deutschen Holzarbeiterbundes wurden die sämtlichen Kandidaten der SPD gewählt. Die Kommunisten haben vier Sitze, die sie bisher von insgesamt acht inne hatten, verloren.

Stuttgart, 26. März. (Die Gürtung unter den Eisenbahnarbeitern.) Unter den Eisenbahnarbeitern herrscht eine starke Gärung. Raum war der Streik in Kornwestheim beigesteuert, so trat Veronal in Ulm in Aufstand. Gestern hat die Delegiertenversammlung der Reichsvereine in Kornwestheim nach 8 Stunden Arbeit geschlossen den Betrieb verlassen. Die Forderungen gehen nicht nur auf Wiedereröffnung des Arbeitsmarktes, sondern auch auf Lohnerhöhung bis zu 100 Prozent.

Stuttgart, 25. März. (Verhaftung von Kommunisten.) Am Sonntag wurde in der Wohnung von zwei hiesigen Kommunisten eine Durchsuchung vorgenommen. Beide wurden verhaftet.

Hohenheim, 25. März. (Tollwut.) Ein fremder, allem Anschein nach italienischer Hund, durchstreifte morgens den Ort. Hund, die an der Kette waren, wurden von ihm gebissen. Jagdpächter Greiner erlegte den Hund. Auch die anderen fünf Hunde mußten geschossen werden.

Münch, 26. März. (Vamantenfragen.) Künftig wird mitgeteilt: Die durch die Presse gegangene Mitteilung über die Aufhebung der Beförderungssperre über die Beamten war verfrüht. Ein endgültiger Beschluß liegt noch nicht vor. Auch die Nachricht von einer Revision des Ortsklassenverzeichnisses, durch die insbesondere die Vororte von Groß-Städten mit diesen gleichgestellt worden sein sollen, ist unrichtig. Es ist lediglich infolge eines vor längerer Zeit gefassten Beschlusses eine Reihe einzelner Orte in eine höhere Gehaltsklasse eingestuft worden. Eine Neuprüfung des Ortsklassenverzeichnisses auf der Grundlage eines neuen Systems kommt nach wie vor nicht in Frage.

Tetzmann, 25. März. (Der wilde Mann.) Den „wilden Mann“ hielt im Untersuchungsgefängnis der 23 Jahre alte, in Bad Orb bei Donau gebürtige Arbeiter Ludwig Biaggi. Der bereits 17mal und zwar meist wegen Eigentumsvergehen bestrafte Biaggi war am 20. Februar in Friedrichshafen beim Betteln betroffen worden. Biaggi leistete Widerstand und bedrohte den Beamten, dem es allein nicht gelang, des B. Herr zu werden. Im Untersuchungsgefängnis in Tetzmann benahm sich Biaggi wie ein wildes Tier, bedrohte und bedrückte die Beamten und verunreinigte die Zelle. Infolgedessen mußte er gefesselt werden und so erschien er auch vor Gericht. Der Angeklagte erhielt 3 Monate und 10 Tage Gefängnis. Zum Schluß wurde Biaggi sahm und hat kleinlaut um Abnahme der Fesseln.

Friedrichshafen, 25. März. (Tollwut.) Wegen dringenden Bedarfs der Tollwut wurde hier ein langhaariger, schwarzer Dackelhund von seinem eigenen Herrn getötet. Der Hund hat alle Merkmale der Tollwut gezeigt. Es steht fest, daß der Dackelhund sich frei und ohne Maulkorb in Friedrichshafen herumgetrieben hat, so daß mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß weitere Hunde angesteckt worden sind. Die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche ist deshalb sehr groß.

Ein Stillsitzen aus dem schneereichen Winter. Wenn bedacht wurde, wie durch die letzten Schneefälle die Gegenden des Schwarzwalds von schweren Schneemassen bedeckt sind und daß man durch die Fenster in die Häuser gelangen kann, so mag ein Vorkommnis wiederzuerzählen werden, das aus dem schneereichen März des Jahres 1720 datiert wird. In Anfang des genannten Monats, so erzählt der „Grenzler“, wollten einige Wegzuger, die auf den Viehweg zum Berg gegangen waren, bei einem Hofbauern in der Nähe von Freudenstadt übernachten. Das heutige Schneegestöber machte ein Weitergehen unmöglich. Der Bauer nahm sie auf, da das Wetter ganz entsetzlich war. Sag doch der Schnee 2-3 Fuß tief. Richt nur Berg und Tal, sondern auch viele Häuser waren vollständig eingeschneit, so daß man vielfach Tunnel unter dem Schnee durchwachen mußte, wenn man zum Hause hinaus wollte. Einer der Wegzuger kam auch in die Küche und schaute zufällig in das Kammin hinauf. Was sah er da? Einen Menschen, der hoch über dem Herd hing und tot war. Leidensblut teilte er seinen Kollegen die schreckliche Entdeckung mit. Sie vermeinten nichts anderes, als daß sie in eine Wärderyule gefallen seien, überlegten nicht lange, sondern beschloßen, den Hof noch in der Nacht zu verlassen. Dem Bauern entging ihr ängstliches Benehmen nicht und er befragte sie nach der Ursache ihres durchgehenden Verhaltens. Ohne ein Wort zu sprechen, deutete einer auf das Kammin. „Oh, wenns sonst weiter nichts ist“, meinte der Bauer, „da könnt ihr ruhig bleiben; das ist nur ein Rentwandler, der vor 14 Tagen gestorben ist, und den ich wegen des Schneefalles nicht begraben lassen konnte: ich habe ihn deswegen einschließen in den Rauch gebürgt.“

Baden.

Karlruhe, 25. März. Der sozialdemokratische Bürgermeister Sauer richtete an Oberbürgermeister Dr. Hütter ein ausführliches Schreiben, in dem er darlegt, daß er 1919 mit einem vertraglich zugesicherten Gehalt von 18.000 Mark Bürgermeister geworden sei, das Gehalt in den nächsten zwei Jahren auf 20.000 Mark steigen sollte, heute aber einschließlich Zulagen nur 8.000 Mark betrage. Mit diesem Gehalt könne er weder den Verpflichtungen gegenüber seiner Familie, noch den Anforderungen nachkommen, die ihm durch das Bürgermeistertum auferlegt werden. Bürgermeister Sauer legt in dem Brief ausführlich seine Familienverhältnisse dar und verlangt „Randbegünstigung“ Gehalt. Als solches bezeichnet er die Summe von 16.000 Mark. Eine Abschrift dieses Briefes hat Bürgermeister Sauer an sämtliche Stadtratsmitglieder gerichtet, und durch eine Indiskretion ist das Schreiben in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Der „Volkshof“ nimmt zu der Sache Stellung und bezeichnet den Brief als einen bedauerlichen Mißgriff sowohl in der Sache wie im Ton. Ausserordentlich bedauert werden aber einzelne Redewendungen in dem Briefe. Das Blatt schreibt: Was soll das heißen, wenn ein Bürgermeister, der zudem noch Sozialdemokrat ist, sagt: — wenn eine Stadt sich den Luxus leistet, einen armen Teufel zum Bürgermeister zu wählen —; wie solche Redensart mag an einem Staatlich bedienten, in dem Schreiben eines Bürgermeisters nicht sein einfach unpassend. Der Gehalt Sauer hat sich durch diesen Brief einen recht bösen Dienst geleistet, darüber hinaus aber auch der Partei, die ihn als Bürgermeister vorgeschlagen hat. — Man sollte übrigens bedenken, daß sich auch mit 8.000 Goldmark im Jahr noch deunem leben läßt, wo so mancher Arbeiter es kaum auf 1.000 Mark bringt.

Vermischtes.

Ludwigshafen, 22. März. Einige romantisch veranlagte junge Leute aus Mannheim, darunter der Student Ludwig, unternahm ohne im Besitze vorrichtsmäßiger Einreisegenehmigung zu sein, dieser Tage eine Radnahrt über den Rhein. Auf Wälder Seite wurden sie von einer französischen Militärpatrouille festgenommen und zunächst nach Ludwigshafen und von dort aus ins Militärgefängnis nach Bandou verbracht. Dort wurden die jungen Leute von dem vernehmenden französischen Militärbeamten auf das Unmensliche behandelt. Besonders schmer wurde der Student Ludwig mißhandelt. — Eine schwere Explosion hat sich auf dem Bahnhof Otterbach ereignet. Mehrere junge Menschen machten sich an einem auf dem Geleise liegenden Benzintankwagen zu schaffen. Einer der Benzinbehälter warf eine brennende Zigarette in den Benzintank, wodurch sich die in dem Behälter befindlichen Benzindämpfe entzündeten. Durch die Explosion wurde der Benzintank auseinander gerissen und einer der Benzinbehälter der 17 Jahre alte Wilhelm Horn, wurde auseinander gerissen und auf der Stelle getötet. Ein zweiter Benzinbehälter, der 19 Jahre alte Josef Hellmann, erlitt sehr schwere Brandverletzungen.

Ludwigshafen, 25. März. Einer der Gründe der hier bestehenden Arbeitslosigkeit rheinische Kohlen- und Zementwerke, des Abnehmens eines französischen Unternehmens, ist der berüchtigte französische General de W.

Der Apfelsinen-Segen. Es wird aus Hamburg geschrieben: Im Hamburger Hafen herrscht seit einigen Tagen der Streik der Dalenarbeiter. In den verbleibenden Häfen liegt nun eine große Zahl von Auslandsdampfern mit ganz ungeheuren Mengen von Apfelsinen und anderen Südkrütern. Es sind der Apfelsinen so viele, daß ihre Lösung Wochen beansprucht; sie kommen meistens aus Süditalien und Ägypten. Um wenigstens einen Teil der Früchte zu retten, arbeiten etwa 200 Studenten an der Lösung neun Stunden pro Tag und länger. Um seine Zeit zu verlieren, wohnen sie an Bord des Dampfers „Wittsburg“, werden dort verpflegt und erhalten 5,20 Goldmark pro Tag. Trotzdem ist kaum Aussicht, daß loslässige Massen vor dem Verderben in den Berkebe gebracht werden können.

Die Wittlerin aus Como. Die 52 Jahre alte Frau Giuseppe Bent aus Mailand, die täglich in Umben geschäft, beim Kreuzbild unter den Bauten von Como stand, die Fremden anbetete und auf alle mögliche Art ihr Mitleid zu erregen suchte, starb in einer kleinen Dürre und hinterließ 180.000 Lire in Schatzkassen und Bargeld.

Eifersuchtsdrama an der Kirchenmauer. Dieser Tage waren die Archgänger in Turin wegen eines Eifersuchtsdramas. Als die junge Gräfin Christina Romanini in Gesellschaft ihrer Mutter und ihrer Schwestern die Kirche verließ, schloß eine andere Frau ihren Revolver diermal auf sie ab. Die Gräfin wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht, während die Täterin verhaftet wurde. Sie gestand, daß sie den Mordversuch aus Eifersucht begangen habe. Sie hatte ihren Ehemann verlassen, um mit einem anderen Mann zusammenzuleben, befürchtete aber, daß dieser die Gräfin heiraten wollte. Von Eifersucht geblüht, beschloß sie, ihre Nebenbuhlerin und sich selbst zu töten. Nachdem sie aber vier Schuß auf ihr Opfer abgegeben hatte, vergaß sie in der Aufregung ganz und gar, daß sie auch sich selbst erschießen wollte. Und da die Gräfin mit dem Leben davon gekommen sei, löste kein Mensch von ihr verlangen, daß sie noch nachträglich Selbstmord begehen solle.

Im Grabe keine Ruh. Wie aus Moskau berichtet wird, ist die Grabsstätte Lenins eingestürzt. Unter dem Mausoleum lag eine nicht mehr benutzte Kanalisation, deren Gemölde das Gewicht der Ruinen nicht zu tragen vermochte. Der Wiederaufbau hat bereits begonnen, aber der Vorfall machte bei dem abergläubigen Volke einen peinlichen Eindruck.

Ein Geiselmörder gegen den Schmuggelsmuggel. Der Bericht, mit dessen Abschaffung der Finanzinspektion des amerikanischen Repräsentantenhauses beschäftigt ist, fordert einen Kredit von 13 Millionen Dollar zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels in den amerikanischen Küstengewässern. Sie sollen dem Zweck dienen, eine Flotte von schnellen Kreuzern, Torpedobooten und Regattenschiffen in Dienst zu stellen, die alle mit radiotelegraphischen Apparaten ausgerüstet werden und eine Besatzung von 75 Offizieren und 2000 Mann erhalten. Nach Ansicht des Berichtes sind seit dem Monat Mai mehr als 700.000 Kisten Vöfor auf dem Wege des Schmuggels aus den Häfen von New York eingeführt worden. Andere nicht minder bedeutende Mengen haben ihren Weg an andere Häfen, vor allem in den von Baltimore gefunden. Da hier gelandete Schmuggelware kommt insbesondere aus Cuba und von den Bahama-Inseln.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 25. März. Dem Dienstmarkt an Vieh- und Schlachtkühe waren zugeführt: 118 Ochsen, 44 Bullen (unverkauft 6), 170 Jungbullen (10), 175 Jungkühe (10), 107 Kühe (10), 732 Kälber, 602 Schafe (30), 12 Schweine, 3 Ziegen. Erlös aus 11 Fund Lebendvieh in Goldsch.: Ochsen 1.38—43 (letzte Marke: 40—43), 2.26—36 (28—37), Bullen 1.33—37 (anno), 2.26—31 (anno), Jungbullen 1.44—47,50 (43—47), 2.36—41 (36—40), 3.28—34 (anno), Kühe 1.30—35 (30—34), 2.20—28 (anno), 3.12—18 (anno), Kälber 1.56—28 (35—37), 2.50—54 (49—53), 3.40—48 (38—46), Schweine 1.67—69 (anno), 2.02—69 (60—66), 3.52—60 (50—59). Verkauf des Marktes mäßig belebt. Ueberfließend bei Großvieh und Schweinen.

Münch, 25. März. (Frühlingsbaummarkt.) Auf dem Münchplatz wurde erstmals wieder ein Baummarkt abgehalten. Zufuhr und Nachfrage waren schwach. Die Preise stellten sich wie folgt: Kiefer- und Buchenbäume auf 1.80 Mk., für Wohnbäume auf 2.50 Mk., für Formbäume und zwar für Apfel- und Birnenbäume auf 1.50—1.80 Mk., für Kiefer- und Birnenbäume auf 2 Mk., für Stachelbeerhochstämmchen 1.20, für Beerensträucher (rote Johannisbeeren) 35—40 Pfg., für niedere Rosen (Bulbsrosen) 40—50 Pfg., für Schlingrosen (Kletterrosen) 80—100 Pfg., je das Stück.

Rottenburg, 25. März. (Vieh- und Krämermarkt.) Zufuhr: 11 Stiere, 40 Kalbinnen, 70 Rinder, 40 Kühe, 10 Käufer- und 200 Milchschweine. Verkauf wurden 4 Stiere zu 400 Mk., 10 Kalbinnen 400—580 Mk., 30 Rinder 120—320 Mk., 6 Kühe 570 Mk., 5 Käufer das Stück zu 90—100 Mk., 180 Milchschweine, das Paar zu 50—70 Mk. Der Handel war flau und dürfte auf die Geldknappheit zurückzuführen sein.

Schweinemärkte. Bessheim: Zufuhr 135 Milchschweine, verkauft 15 Stück zum Preise von 18—30 Mark. — Heilbronn: Zufuhr 150 Milchschweine und 11 Käufer. Erhöhten kosteten 18—25, letztere 30—40 Mark das Stück. Der Handel war flau. — Kirchheim u. T.: Zufuhr 118 Milch- und 18 Käuferschweine. Begehrt wurden für Milchschweine 20—35 Mk., für Käufer 50—70 Mk. — Saulgau: Zufuhr 108 Stück. Preis pro Paar Ferkel 50 bis 68 Mark, Käufer 80—100 Mark. — Schwanningen: Zufuhr 12 Milchschweine. Verkauf wurde das Paar zu 46—48 Mark.

Fruchtpreise. Hagold: Zufuhr 43 Jtr. Weizen, Preis pro Zentner 11—13 Mk., 25 Zentner Gerste, Preis 10,50—11 Mark, 25 Zentner Haber, Preis 8,50 bis 9 Mark, 1 Zentner Roggen, Preis 10 Mark, 1,50 Zentner Ackerbohnen, Preis 8 Mark. Sommermais kostete 15 Mk. — Geislingen a. St.: Zufuhr waren 29 Jtr. Weizen, 24 Jtr. Gerste, 78 Zentner Hafer. Erhöht wurden pro Zentner: Weizen 10,50—12 Mk., Gerste 10,50, Hafer 7,50 bis 8,50 Mark. — Ravensburg: Die Schwanen notierte folgende Preise per Doppelzentner: Weizen 20—22, Dinkel 15,50—16, Roggen 19,20—20, Gerste 18—22, Hafer 14,20—16,50 Mark. Die Stimmung war flau, die Preise weichend.

Wolffheimer Schlachtwiechmarkt am 24. März. Auftrieb: 18 Ochsen (unverkauft 7), 2 Kühe, 5 Rinder (4), 8 Ferkel (3), 7 Kälber, 26 Schafe (17). Marktverlauf sehr langsam. Erlös aus je einem Pfund Lebendgewicht ohne Zuschlag: Ochsen 1.41—44, Rinder 1.43—47, Ochsen 2.31—33, Rinder 2.33—39, Ferkel 29—35, Rinder 2.33—39, Ferkel 29—35, Kühe 19—34, Kälber 32—60, Schweine 70—73.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 26. März. Der Parteivorstand der demokratischen Partei beschloß sich gestern auf seiner Tagung in Berlin mit der Ausarbeitung eines Wahlprogramms und wählte die Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen auf. Die Liste beginnt mit dem Reichsminister a. D. Koch. Es folgen: Dr. Gertraud Bäumer, Dr. Hilfer-Köln, Reichswehrminister Dr. Geßler, Dr. Ludwig Deub.

Berlin, 25. März. In einer Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichslandbundes, die unter der Leitung des Reichsministers a. D. Wagenschein als Alterspräsident stand, wurden Reichstagsabgeordneter Hepp und Graf Kaldenbach zu Präsidenten des Bundes gewählt. In der vorangegangenen Vertreterversammlung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. — Der sozialdemokratische Parteivorstand hat laut „Vorwärts“ beschlossen, den sozialdemokratischen Parteitag, der am 13. April in Berlin beginnen soll, bis nach den Reichstagswahlen zu verschieben. Namens der sämtlichen im Deutschen evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen hat sich der Deutsche evangelische Kirchenauschuß mit einem Schreiben an alle Reichstagsabgeordnete gewandt, in dem die Bitte ausgesprochen wird, in der Zeit vom 13. April bis 21. April (Palmsonntag bis Ostermontag) den Wahlkampf ruhen zu lassen und den Frieden der Karwoche nicht zu stören. — Gestern versuchte an den Schalterräumen der Reichsbankabteilung der Reichsbank ein internationaler Laubdieb, ein gefährlicher Krimineller, einem Boten der Girozentrale der Stadt Berlin, der große Summen einhahle, ein Banknotenpaket mit 10.000 Mark zu stehlen. Er wurde jedoch dabei erwischt, festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben. Dem Verhafteten wird eine Reihe von Diebstählen zur Last gelegt. — Eine Strafhammer des Berliner Landgerichts I verurteilte gestern den früheren Schreiber Unger, sowie die Gelegenheitsarbeiter Kamisch und Böger, die den Schneidermeister Hübner in seiner Wohnung am jenseitigen Weihnachtsfesttag 1922 ermordet hatten, zum Tode. Der vierte Angeklagte, der Arbeitslose Alfred Schorronch, wurde wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Hamburg, 25. März. Die Arbeit im Hamburger Hafen ist heute vormittag wieder aufgenommen worden. Eine große Menge der mit dem Schiffsverkehr zusammenhängenden Arbeit ist eingeleitet, um die Arbeitsmangel zurückzuführen. Sie wurden jedoch von einem starken Polizeiaufgebot daran verhindert. Zur Wiederaufnahme der Arbeit war etwa ein Viertel der Streikenden erschienen.

Rom, 25. März. Laut „Corriere d'Italia“ wurden dem Bischof von Paderna, der mit drei anderen Bischöfen in Brindisi angekommen war, 70.000 Lire, die den Petersfesttag des Bistums ausmachten, gestiftet. Der Dekret des Bischofs hatte die Geldmappe mit dem anderen Gepäck einem Gepäckträger übergeben, der es im Krugzug des Karmeliterklosters hinstellte, wo die Geldmappe verschwand.

Paris, 25. März. Wie aus Nizza gemeldet wird, wurde der heilige Konjunktural gestern abend, als er auf dem Helmutweg begraben war, von zwei Männern mit vorgehaltenem Revolver gefesselt. Der eine von ihnen hielt ihn durch einen Revolver in Schach, während der andere seine Taschen durchwühlte und ihn seiner Briefschätze beraubte.

London, 26. März. Aus Dublin wird gemeldet, daß ein großer Teil der Wollen- und der Ausrüllungsgegenstände, die von den Meistern von Gormanston und Dalmond gewonnen worden sind, der Regierung ausgeliefert wurden. Bei Koffan (Westim) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Freistatstruppen und einer Abteilung Irregulärer. Ein Leutnant, der die Irregulären befehligte, wurde getötet. Ein Mann der Irregulären wurde gefangen genommen.

Der Hitler-Prozess.

München, 25. März. Nicht nur in den Reihen des Ausschauertraums, nicht nur in den Reihen der Presse, sondern auch bereits auf den Anklagebänken gibt es am heutigen 22. Verhandlungstag im Hitler-Prozess ganze Vöden. Es fehlen die Angeklagten Hitler, Böhner und Oberleutnant Kriebel. Die Verteidiger bitten um Entschuldigund und geben als Grund Uebermüdung an. Als in diesem Zusammenhang der Verteidiger Dillers, Rechtsanwalt Weber, den Vorsitzenden ersucht, die zehnjährige Verhandlungsdauer abzukürzen, weil durch Einlegen einer längeren Mittagspause, gab der Vorsitzende ebenso schlagfertig zurück, daß ja auch die Blaudozers abgekürzt werden könnten.

Der 22. Verhandlungstag begann mit einem sehr ansehnlichen Baldoter des Justizrates Schramm, des Verteidigers des Angeklagten Hauptmann Köhm, jenes Reichsoffiziers, der am Abend des 8. November die Reichstagskammer im Löwenbräu Keller zu einem Festabend gerufen hatte, und dann von dort, als er die Nachricht von der Ausrückung der neuen Regierung im Bürgerbräu Keller erfuhr, mit der „Reichstagskammer“ und den im Löwenbräu Keller verammelten Mitgliedern des Kampfbundes zum Bürgerbräu Keller marschierte, aber unterwegs von einem Kraftfahrer den Verkehr erhielt, das Wehrkreiskommando zu befehlen und die Ehrenkompagnie für General von Loffow zu stellen. Der Verteidiger Justizrat Schramm kostete die Handlungen seines Mandanten als einfache militärische Folgsamkeit und Disziplin gegenüber Un-

hoff auf und offen sein der Redewendung Verteidiger hielt Köhm also für geiziger Baule (von Oberleutnant Verteidiger hatte es denn Bernett kommt daß er den Abteil einschließenden Wehr er am Morgen den an die Truppen der Verteidiger hat um aus obersten Notwendigkeit habe.

Der Nachmittagsmeters für den Reden der Redewendung Oberleutnant Rahtmittag kurz darauf, daß Verteidiger vor der Verteidiger in der Verteidiger angepörrnt Verteidigergründe Fried auf den Geben der Redewendung Oberleutnant in dem Gebäude, das Platz in Brand ge habe selbstständig der Polizeibehörde genommen und infolge selbstständig bekommen. Jhm zu wollen, r dabei er habe für in der München zu werden einen zu frimigen Robor stelle seine nur auf physiolgisch mit dem gewissen habe, um Winter jensem Abend des nicht alarmiert. Mandanten um Morgen vorm Verhandlungstag Verteidigungsredere für den Angeklagte für den Abteil für das letzte die ja das letzte Freitag nachmittag dann, den Zeitpunkt Man rechnet, wenn Ramtag, den 31. Urteils.

München, 26. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Wieder e Bonn, 26. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Deutschland Berlin, 25. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Deutschland Berlin, 25. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Deutschland Berlin, 25. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Deutschland Berlin, 25. März. Die Verhandlung gegen den Angeklagten unter dessen Führung eine Weisung der eingedrungen Schwarz-weiß-rote teilte den Angeklagten mit Konfessionsbender Koffen. Von e

Auf dem Münchener Markt...
135 Milchschweine, verkauft...
10 Käse...
1000 Mk., 10 Kabinen...
8 Röhre 570 Mk., 5...
auf die Geldknapp...
135 Milchschweine, verkauft...
10 Käse...
1000 Mk., 10 Kabinen...
8 Röhre 570 Mk., 5...
auf die Geldknapp...
135 Milchschweine, verkauft...
10 Käse...
1000 Mk., 10 Kabinen...
8 Röhre 570 Mk., 5...
auf die Geldknapp...

hofft auf und operierte vor allem damit, daß keinerlei Bewußtsein der Rechtslosigkeit bei Hauptmann Köhm vorlag. Der Verteidiger hielt eine Schuldaussprechung gegen Hauptmann Köhm also für gar nicht im Bereich der Möglichkeit. Nach kurzer Pause sprach Justizrat Bauer für den Angeklagten Oberleutnant Bernert, den Stiefsohn Lubendorff. Der Verteidiger hatte es bei diesem Angeklagten nicht sonderlich schwer, denn Bernert kommt als Angeklagter nur insoweit in Betracht, daß er den Abteilungsleiter der Infanterieschule zu jener entscheidenden Besprechung in den Kambund gerufen und daß er am Morgen des 9. November die beflaggten Soldaten der Truppen des Kambundes verteilt hatte. Auch dieser Verteidiger hat um Freisprechung seines Mandanten, der nur aus edelsten Motiven und aus Liebe zu seinem Vaterland gehandelt habe.

Der Nachmittags brachte die Verteidigungsrede Dr. Deumers für den Angeklagten Leutnant Wagner, brachte die Rede der Rechtsanwältin Dr. Odg und Kober für den Angeklagten Oberamtmann Dr. Frick. Man kann sich über den Nachmittags kurz fassen. Rechtsanwältin Dr. Deumers sagte darauf, daß Leutnant Wagner der Ueberzeugung war, daß Bayern vor der Erfüllung seiner nationalen Aufgabe stand und daß Wagner in der Erfüllung seiner Aufgabe die Infanterieschule angefordert habe. Rechtsanwältin Dr. Odg baute seine Verteidigungsrede für den Angeklagten Oberamtmann Dr. Frick auf den Gedanken auf, daß Dr. Frick ein blühender Beamter gewesen sei, daß er während des Krieges Bezirksamtmann in Birmensdorf in der Pfalz gewesen sei, in jenem Gebäude, das vor kurzem als Jagal für die Freiheit der Pfalz in Brand geschickt worden war. Oberamtmann Dr. Frick habe selbstverständlich als Leiter der politischen Abteilung in der Polizeidirektion mit vielen Persönlichkeiten Stellung genommen und infolge seiner vaterländischen Einstellung sei er selbstverständlich mit dem Führer des Kampfbundes zusammen gekommen. Ihm daraus einen Strich ziehen und behaupten zu wollen, er habe von dem Plan des Kampfbundes gewußt, er habe sich in dem Gebirge gewiegt, Polizeipräsident von München zu werden, sei eine Indignitätsbeleidigung, die doch auf einen zu bringen und zu spüren Weg führe. Rechtsanwältin Kober stellte seine Verteidigungsrede für Oberamtmann Frick nur auf psychologische Momente ein, befaßte sich vor allem mit dem wissenschaftlichen, fleißigen Bräutigam, der alles getan habe, um Blutvergießen zu verhindern. Nur darum habe er an jenem Abend des 8. November die Polizei- und die Reichswehr nicht alarmiert. Auch Odg und Kober plaidierten für ihre Mandanten um Freisprechung.

Morgen vormittag um 8 1/2 Uhr ist Fortsetzung. Der 23. Verhandlungstag im Hitlerprozeß wird vor allem die großen Verteidigungsreden der Justizräte Kuegel und Heuschütz für den Angeklagten Lubendorff bringen. Der Nachmittags dürfte den Abschluß der Verhandlungen bringen. Die Rede des Justizrates Kober für den Angeklagten Oberleutnant Brindner, so daß am Donnerstag die Repliken der Staatsanwälte und wohl die Repliken der Verteidiger folgen dürften. Die Angeklagten, die ja das letzte Wort haben, werden dann wahrscheinlich am Freitag nochmals zu Worte kommen. Sach des Gerichts ist dann der Zeitpunkt der Urteilsverkündung zu bestimmen. Man rechnet, wenn nicht mit Samstag, den 23. März so mit Sonntag, den 24. März, als den Tag der Bekanntgabe des Urteils.

München, 26. März. Gestern wurde von dem Volkgericht gegen den Oberleutnant A. D. Lubendorff verhandelt, unter dessen Führung am Morgen des 9. November u. a. 36 eine Volkswache in den Sitzungssaal des Münchener Rathauses eingedrungen war, um den Stadtrat zur Diktung der schwarz-weiß-roten Fahne zu veranlassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Beamteneinwirkung in Tateinheit mit Hausfriedensbrüche zu 30 Rauf Geldstrafe und Tragung der Kosten. Von einer Verhängung der Strafe sah das Gericht ab.

Wieder ein französisches Kriegsverurteil.
Paris, 26. März. Das französische Kriegsverurteil verhandelt gestern gegen den Vorsitzenden des heiligen Republikanischen Studentenrats, den Studenten des Rechts Walter Kolb. Er war angeklagt, während der Grenzwehr im vorigen Sommer ohne besonderen Aufweis aus dem unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet gekommen zu sein und Flugblätter gegen die Wehr und die Sicherheit der Besatzungstruppen verteilt zu haben. Kolb habe von der Studentenversammlung in Nürnberg Flugblätter mitgebracht zur Verteilung des deutschen republikanischen Staatsbanners und einige davon an junge Leute aus Godesberg, die gleich ihm von der Grenzwehr überbracht worden waren, weitergegeben. Unter diesen Schriften sollen sich auch solche über den Kampfstoff befinden haben. Weil die Wehrgefahr aber nach dem unbesetzten Deutschland geschah und somit keine Ordnung der Rheinlandkommission verletzt worden war, wurde er wegen dieses Unfluges freigesprochen. Wegen Fahrgewehrs dagegen wurde er zu 2 1/2 Monaten verurteilt, die als durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten.

Deutschlands wirtliche Reparationsleistungen.
Berlin, 25. März. Gegenüber den letzten, bis 1923 reichenden Abrechnungen der Reparationskommission, die die Gesamtsumme der deutschen Leistungen in Höhe von 52 Milliarden Goldmark ausweist, ist wie baldmöglichst festgestellt wird, in der gestern morgen veröffentlichten Abrechnung keine wesentliche Veränderung in der Bewertung der Reparationsleistungen eingetreten. Noch immer sind große Lücken nicht abgeklärt worden. Anders, wie z. B. die Dandelsflotte, die Saargruben usw., sind mit bekannter Notwendigkeit viel zu niedrig bewerteten Wertungen eingeschätzt. Nach jorgfälliger deutscher Berechnung haben die aufschrittsfähigen Reparationsleistungen bereits zum 31. Dezember 1922 die ungeheure Summe von 4 1/2 Milliarden Goldmark erreicht. Daraus ergeben sich nach den 14 1/2 Milliarden betragenden, nicht auf Reparationskonto anrechnungsfähigen deutschen Leistungen, so daß Deutschland auf Grund des Versailles Vertrages bis Anfang 1923 Leistungen im Werte von 55,9 Milliarden bewerkstelligt hat, also das Verdreifachfache der von der Wehr bis Ende 1923 zugesicherten Leistungen. Wenn sich Frankreich übrigens mangelhaft darüber beklagt, daß es so wenig von Deutschland erhält, so sollte es sich erinnern, daß bis Ende 1923 die Besatzungstruppen am Rhein allein über fünf Milliarden Goldmark von den deutschen Reparationsleistungen verdrängt haben. Man sollte ferner nicht außer acht lassen, daß an der Verteilung der deutschen Leistungen nicht mehr und nicht weniger als 27 Staaten beteiligt sind. Daß Frankreich 1923 nach den Angaben der Wehr nur 13,4 Milliarden Goldmark zugesellt erhielt, gegenüber 155,1 Milliarden an Italien und 111,8 Milliarden an Südamerika, ist keine von Deutschland zu vertretende Angelegenheit.

Störte Berliner Wahlversammlungen.
Berlin, 25. März. In Berlin haben sich bereits die ersten Wahlversammlungen der Reichstagswahlvereine ereignet. Erstens mußte eine Versammlung der deutsch-völkischen Freiheitspartei, in der Herr Wulle sprach, aufgelöst werden, weil Kommunisten sie nicht mehr hören wollten. Die Deutsche Tageszeitung stellt den Vorgang so dar, als ob die Polizei gemeinheitsmäßig mit den Kommunisten auf die deutsch-völkischen Versammlungen einmarschieren eingeschlagen hätte. Wie der „Volksanzeiger“ mitteilt, ist ungefähr zu derselben Stunde ein kommunistischer Über-

fall auf einen deutsch-sozialen Redner verübt worden, dem nach Verlassen der Wahlversammlung von acht Kommunisten aufgelauert wurde, die ihn mit Knütteln und Stöcken bearbeiteten.

Abgebaute Sozialdemokraten.
Die neue mecklenburgische Regierung hat die Entlassung aller Beamten ohne sachmündige Vorbildung verfügt. Durch diese Verordnung werden 36 sozialdemokratische Parteimitglieder betroffen, die damit ihrer Regierungsfunktionen verlustig gehen. Unter ihnen befinden sich 16 gemeine Konjunkturlagerverwalter und vier Landarbeiter, die unter dem sozialdemokratischen Regime Ministerialräte und Departementvorsteher geworden waren.

Verhandlung der Sachverständigen-Krößen am Samstag.
Paris, 26. März. In der Frage, wann der Bericht der Sachverständigen endgültig der Reparationskommission überreicht werden wird, berichtet die Agence Havas, aus einer von ihr in autorisierten Kreisen vorgenommenen Untersuchung ergebe sich, daß die Sachverständigen sehr wahrscheinlich ihre Arbeiten am Samstag, den 23. März, beendet haben werden. Sie würden jedoch zu einer letzten Überarbeitung des Textes schreiben müssen. Unter diesen Umständen werde die Reparationskommission nicht vor Dienstag, den 1. April, sich offiziell mit dem Dokument befassen können. Dieses werde ohne Vorbehalt schon am Tage nach der Ueberreichung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die englisch-französische Aussprache.
London, 26. März. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ bezeichnet die vorgestrige Unterredung zwischen dem Premierminister MacDonald und dem französischen Vizepräsidenten, Grafen de Saint-Aulaire, als den Beginn einer aktiveren Phase der französisch-britischen Diplomatie unter der neuen britischen Regierung. Bei der Unterredung, bei der hauptsächlich Saint-Aulaire das Wort geführt habe, seien die Fragen der Pfalz, der Kölner Saunen, der Ruhr, der Sachverständigenausschüsse und der französischen Sicherheit erörtert worden. Die Unterredung sei, wie verlautet, auf beiden Seiten über die Erfolge der Behandlung des Problems der Pfalz und der Kölner Saunen ausgedrückt worden. Der französische Vizepräsident und französische Kreise in London seien zurechtzureden als vor einer Woche, daß die Sachverständigen ein Uebereinkommen erzielen würden. Bei der vorgestrigen Unterredung habe MacDonald, wie verlautet, angedeutet, daß jetzt ein neuer Faktor in die Erörterung eintrete. Graf de Saint-Aulaire habe ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, daß das Problem der französischen Sicherheit nur gelöst werden könne durch den Abschluß eines dauernden englisch-französischen Verteidigungsvertrages. MacDonald habe angedeutet, daß der britische Plan vollkommen anderer Art sei und daß der Weg zur Sicherheit Frankreichs durch den Völkerbund führe, möglicherweise vermittelt eines gegenseitigen Garantiepaktes, vielleicht aber auch durch einen besonderen Plan der Entmilitarisierung und der Neutralisierung des Rheinlandes unter der Völkerbundgarantie. Der neue Faktor in der Lage sei jedoch die Haltung Berlins. Von deutscher Seite sei betont worden, daß keine deutsche Regierung je irgendeine Vereinbarung betreffend das Rheinland annehmen werde, die über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehe. Auch würde Deutschland dem Völkerbund nur unter der Bedingung beitreten, daß ihm ein dauernder Sitz im Völkerbundrat im Voraus verbürgt werde. Das deutsche Element in diesem Problem sei der neue Faktor, der durch MacDonald gegenüber Paris betont werde.

Griechenland Republik.
Athen, 26. März. Das Nationalparlament hat die Abschaffung der Dynastie Glukburg und die Ausrufung der Republik beschlossen. In der gestern in der Nationalversammlung verlesenen Proklamierung des Ministerpräsidenten Papandafos heißt es, wie ergänzend gemeldet wird, daß das Staatsoberhaupt der Regierung darin bestrebe, die republikanische Regierungsform durch das Volk zu verankern und die Republik auf unerschütterlicher Grundlage aufzubauen. Daraus ergab sich ein Resolutionstext vor, das die Dynastie als endgültig verfallen erklärt, den Mitgliedern der königlichen Familie den Aufenthalt in Griechenland untersagt, die Entziehung ihrer Güter gestattet und die Ausrufung der Republik beschließt, vorausgesetzt, daß die Umgestaltung vom Volke gutgeheißen werde, wobei Admiral Konduriotis das Amt der Umgestaltung der Regierung obliegt, bis die republikanische Verfassung ausgearbeitet sein werde. Nach einer kurzen Diskussion sprach das Parlament der Regierung mit 29 gegen 3 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen das Vertrauen aus. Das heutige Abstimmungsergebnis, welches der Regierung das Vertrauen ausdrückt, wurde mit begeisterten Ovationen aufgenommen. Alle Abgeordneten und die Zuhörer schrien auf den Tribünen und die vor dem Parlamentgebäude stehende Menge brachten Hochrufe auf die Republik aus.

Die Debatte über die amerikanische Lebensmittelpflicht für Deutschland.
Washington, 25. März. Das Repräsentantenhaus hat eine von dem republikanischen Mitglied des Kongresses, Rich, eingebrachte Entschliessung, monach in Betrag von 10 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln für die notleidenden deutschen Frauen und Kinder bestimmt werden soll, mit 249 gegen 97 Stimmen angenommen. Der Annahme der Entschliessung ging eine etwa dreistündige Debatte voraus, in deren Verlauf eine Reihe von Zusatzanträgen abgelehnt wurde, unter denen sich ein Antrag befand, monach der Ankauf sich auf Weizen u. dgl. beschränken und die ausgeworfene Summe auf 20 Millionen Dollar erhöht werden soll. Im Laufe der Debatte betonte der republikanische Autor, die Entschliessung biete Gelegenheit, ein Werk der Gerechtigkeit zu tun und die tatsächlich nötige Unterstützung zu gewähren. Der Demokrat Sawyer hob hervor, daß die bewilligte Summe als Unterstützung nichts bedeute, da der verfügbare Betrag nur eine ganz geringe Hilfe für eine so große Zahl von Kindern sei. Der Demokrat Mac Keown erklärte, man solle, statt diese Unterstützung zu gewähren, Frankreich dazu bringen, Deutschland gegenüber den nötigen Kredit einzuschlagen. Der Republikaner Leonardia sagte, die beschlossene Maßnahme werde in fünf Minuten mehr Gutes tun, als der Völkerbund in fünf Jahren. Der republikanische Abgeordnete Cooper meinte, wenn Deutschland auch vielleicht genügend Lebensmittel habe, so habe es doch nicht genug Geld, um sie zu kaufen. Der Demokrat Connors erklärte, er habe gegen das deutsche Meer gekämpft, aber deutsche Frauen und Kinder hätten den Krieg nicht geführt. Der Republikaner Andrew bezeichnete es als dem gesunden Menschenverstand widersprechend, daß man für Deutschland 10 Millionen Dollar ausbehalte, wenn die begüterte Klasse Deutschlands sich Luxusausgaben leisten könne. — Die Entschliessung wird nunmehr an den Senat.

Sprechsaal.
Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingeladene übernimmt die Schriftleitung nur die persönliche Verantwortung.
Immer wieder kommt in den Tageszettungen die Warnung: Sparet und bringet Geld auf die Sparkassen, denn die deutsche Wirtschaft braucht Geld zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe. Diese Warnungen wirken auf die, welche bisher ihre Spargrößen auf die Sparkassen getragen haben, geradezu lähmend. Sie sollen Geld liefern, sollen sparen und sparen, damit die deutsche Wirtschaft nicht zu Grunde geht. Dabei richtet die deutsche Regierung mit ihrem Nachgebot diese Leute selbst zu Grunde, nimmt sie ihnen das, was sie durch Fleiß und Spararbeit erworben haben, macht sie verächtlich zu Bettlern. „Verachtete Kinder fürchten das Feuer“ und durch Schaden wird man klug. Es ist den Sparern von der Regierung zuviel zugemutet, wenn sie will, daß dieselben ihre Spargrößen wieder dem Reich oder den Klassen anvertrauen. Allgemein hört man das Wort: Die kriegen auch nimmer dran. Auch die Sparkassen selbst sind nicht ohne Schuld. Die Oberamtsparlasse z. B. hat immer von Zeit zu Zeit in der Sitzung zum Einlegen von Spargeldern aufgefordert und dabei betont, daß die Anlage unbedingt sicher sei, denn das ganze Oberamt, d. h. alle Gemeinden desselben, haften mit ihrem ganzen Vermögen für dieselben. Wo aber hat man nun ein Wort von dieser Haltbarkeit gesehen? Wo von einem Beschluß der Amterversammlung, daß die Gemeinden die Sparkasse zu stützen haben, damit sie ihre Verpflichtungen den Sparern gegenüber erfüllen könne? Wende man nicht ein: die Gemeinden können nichts tun, denn sie haben kein Geld. Vores Geld brauchen sie auch nicht, denn die Sparer fordern doch ihre Guthaben nicht Annull und Fall zurück. Aber Werte in Dänern, Feldern und Wäldern haben wohl alle Gemeinden des Oberamts. Auch die Klassenbeamten selbst können nicht ganz freigesprochen werden. Die Gelder, welche sie verwalteten, waren anvertrautes Gut, und anvertrautes Gut muß man vorzüglicher verwalten als sein eigenes, bei welchem man nur eine Verantwortung gegen sich selbst und seine Angehörigen trägt. Es soll damit gesagt sein: Die Beamten hätten sollen die Rückstellungen nicht so ohne weiteres annehmen. Wenden sie dagegen ein: Wir trugten sie annehmen, denn die Regierung erklärte: „Rauf ist Rauf“, so wollen wir dies gelten lassen. Da nun aber die Regierung neuerdings erklärt: Die Hypotheken, welche nur mit Vorbehalt zurückbezahlt werden konnten, sollen ansgewertet werden, die andern aber nicht, so erwacht mit dieser Erklärung für die Sparkassen die Pflicht, mit aller Kraft gegen diese Erklärung zu protestieren und darauf, meine ich, haben es die Sparkassen bisher fehlen lassen. Es ist freilich demer, wenn man sagt: Werden unsere zurückbezahlten Hypotheken ansgewertet, so werden wir auch auf, werden sie nicht ansgewertet, so werden wir auch nicht oder nur wenig auf. Aber der letzte Entscheidend die deutsche Regierung ist ein Unrecht gegen einen großen Teil des deutschen Volkes, und gegen dieses Unrecht sollten sich auch die Sparkassen im Interesse ihrer Einleger wehren. Tun sie es nicht, so können sie auch nicht erwarten, daß die bisherigen Sparer Vertrauen zu ihnen haben und ihnen in Zukunft ihre Spargroschen anvertrauen.

Betriebe. Diese Warnungen wirken auf die, welche bisher ihre Spargrößen auf die Sparkassen getragen haben, geradezu lähmend. Sie sollen Geld liefern, sollen sparen und sparen, damit die deutsche Wirtschaft nicht zu Grunde geht. Dabei richtet die deutsche Regierung mit ihrem Nachgebot diese Leute selbst zu Grunde, nimmt sie ihnen das, was sie durch Fleiß und Spararbeit erworben haben, macht sie verächtlich zu Bettlern. „Verachtete Kinder fürchten das Feuer“ und durch Schaden wird man klug. Es ist den Sparern von der Regierung zuviel zugemutet, wenn sie will, daß dieselben ihre Spargrößen wieder dem Reich oder den Klassen anvertrauen. Allgemein hört man das Wort: Die kriegen auch nimmer dran. Auch die Sparkassen selbst sind nicht ohne Schuld. Die Oberamtsparlasse z. B. hat immer von Zeit zu Zeit in der Sitzung zum Einlegen von Spargeldern aufgefordert und dabei betont, daß die Anlage unbedingt sicher sei, denn das ganze Oberamt, d. h. alle Gemeinden desselben, haften mit ihrem ganzen Vermögen für dieselben. Wo aber hat man nun ein Wort von dieser Haltbarkeit gesehen? Wo von einem Beschluß der Amterversammlung, daß die Gemeinden die Sparkasse zu stützen haben, damit sie ihre Verpflichtungen den Sparern gegenüber erfüllen könne? Wende man nicht ein: die Gemeinden können nichts tun, denn sie haben kein Geld. Vores Geld brauchen sie auch nicht, denn die Sparer fordern doch ihre Guthaben nicht Annull und Fall zurück. Aber Werte in Dänern, Feldern und Wäldern haben wohl alle Gemeinden des Oberamts. Auch die Klassenbeamten selbst können nicht ganz freigesprochen werden. Die Gelder, welche sie verwalteten, waren anvertrautes Gut, und anvertrautes Gut muß man vorzüglicher verwalten als sein eigenes, bei welchem man nur eine Verantwortung gegen sich selbst und seine Angehörigen trägt. Es soll damit gesagt sein: Die Beamten hätten sollen die Rückstellungen nicht so ohne weiteres annehmen. Wenden sie dagegen ein: Wir trugten sie annehmen, denn die Regierung erklärte: „Rauf ist Rauf“, so wollen wir dies gelten lassen. Da nun aber die Regierung neuerdings erklärt: Die Hypotheken, welche nur mit Vorbehalt zurückbezahlt werden konnten, sollen ansgewertet werden, die andern aber nicht, so erwacht mit dieser Erklärung für die Sparkassen die Pflicht, mit aller Kraft gegen diese Erklärung zu protestieren und darauf, meine ich, haben es die Sparkassen bisher fehlen lassen. Es ist freilich demer, wenn man sagt: Werden unsere zurückbezahlten Hypotheken ansgewertet, so werden wir auch auf, werden sie nicht ansgewertet, so werden wir auch nicht oder nur wenig auf. Aber der letzte Entscheidend die deutsche Regierung ist ein Unrecht gegen einen großen Teil des deutschen Volkes, und gegen dieses Unrecht sollten sich auch die Sparkassen im Interesse ihrer Einleger wehren. Tun sie es nicht, so können sie auch nicht erwarten, daß die bisherigen Sparer Vertrauen zu ihnen haben und ihnen in Zukunft ihre Spargroschen anvertrauen.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Vermögensteuer für das Kalenderjahr 1924.

1. Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:
a) alle im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständigen steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche),
b) juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, sowie alle Berggewerkschaften, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckverbände, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Bezirk des unterzeichneten Finanzamts haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebes anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zweckverbände,
c) wenn sie am 31. Dezember 1923 ein Vermögen von mehr als 3000 Goldmark besaßen haben.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen, sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 3 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (beschränkt Steuerpflichtige).

Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Bordrucks in der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Bordrucke für die Steuerklärung können vom 1. April ab von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die Steuerklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuerklärung ist vom Empfang eines Bordrucks zur Steuerklärung nicht abhängig. Die Abgabe der Steuerklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter I bezeichneten Personen die Steuerklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuerklärung verläßt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuerklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Vermögenssteuer wird mit Geldstrafe bestraft, auch kann auf Gefängnis erkannt werden; ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuervergütung) wird ebenfalls bestraft.

Neuenburg, den 24. März 1924.
Das Finanzamt.

WH

Pfannkuch & Co

Filder-Sauerkraut

Pfund 8 Pfennig.

Feinstes bayrisches
Rauchfleisch

Pfund 1.80

Gepökelt
Schweinefleisch

Pfund 80 Pfennig.

Echte
Frankfurter Würstchen

3 Paar 1.15

Pfannkuch & Co

Neuenbürg.

Suche zu baldigem Eintritt
tüchtiges

Mädchen,

welches schon in Stellung war.
Frau Apotheker Dojenhardt.

Neuenbürg.

Eine belgische

Riesenhäsin,

8 Monate alt, ist zu verkaufen.
Alte Pforzheimerstr. 18.

Ein größerer

Keller

(ca. 180 qm. Bodenfläche)
mit Kofflager ist auf 1. April
zu vermieten evtl. zu verkaufen.
Angebot an die Einzeller-
Geschäftsstelle erbeten.

**Ki. Stangen
u. Rebspfähle**

kauft
Wilhelm Layher,
Eibensbach Wirt.,
Telefon Ggfl. 20.

Arnbach.

**Läufer-
Schwein**

verkauft
Emilie Buchter, Witwe,
beim Schulhaus.

WH

Oberamtsrat Neuenbürg.
Hundesteuer.

Dieselbe wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 26. Februar 1924 vom Rechnungsjahr 1924 an auf 20 G.-M. für den ersten, auf 40 G.-M. für den zweiten und auf 60 Goldmark für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen oder der Steuerpflichtigen desselben Haushalts festgesetzt.

Die Hundebesitzer werden auf ihre Pflicht zur An- und Abmeldung ihrer Hunde in der Zeit vom 1. bis 15. April aufmerksam gemacht. Wer bis zum 15. April die Abmeldung eines bis dahin versteuerten Hundes unterläßt, hat die Abgabe für das neue Jahr fortzuentrichten. Wer nach dem 1. April einen steuerbaren Hund zu halten beginnt, hat hiervon binnen zwei Wochen der Gemeindebehörde Anzeige zu erstatten.
Steuerratschreiber.

**Viehzucht-Vereinschaft
des Oberamtsbezirks Neuenbürg.**
Versammlung

am Sonntag, den 30. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Wirtschaft zur „Ginstraß“ in Neuenbürg.

Tagesordnung: 1) Maßnahmen zur Förderung der Rindviehzucht. Organisation, Zweck und Zweck der Zuchtgenossenschaften. 2) Bericht über die Aufnahmen in das Zuchtbuch (Anforderungen) im Jahr 1923. 3) Wahlen. 4. Mitgliederbeiträge. 5) Diesjährige staatliche Bezirks-Rindviehschau mit Prämierung. 6) Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Viehhalter, auch der Farrenhalter, und der Freunde der Viehzucht ist erwünscht. Die Besitzer angelegter Tiere erhalten besondere Einladung.
Dr. Müller, Oberamtsveterinär.



**Konfirmanden-
Kommunikanten- Hüte
Mützen, Schirme**

Kauf man
am billigsten und besten

bei

**Ed. Klein | Spezial-
hans Globus**

Schloßberg 22 a. Markt Westliche 42
Pforzheim

Telefon 1173.

Samenhandel ist Vertrauenssache!
Landwirtschaftl. Samen aller Art

liefert in bester zuverlässiger Ware

Otto Jung, Landesprodukt, Calw,
Telefon 80.

Vieh-Verkauf.

Ein frischer, großer Transport

erstklassiger, hoch-
trächtiger



**Kalbinnen, trächtiger Kühe,
sowie Kühe samt Kälber**

ist eingetroffen und ladet Kauf- und Tauschliebhaber
höflichst ein

Wolf, Viehhandlung, Pforzheim
Erbprinzenstraße 104. Telefon 2918.

**Jeder sparsame
Raucher**

kauft seine
**Cigarren, Cigaretten und
Rauchtabake,**

weil gut und billig, im
**Spezial-Geschäft für Tabakwaren von
Reiss & Bender, Neuenbürg,**
Marktplatz.

NB.: Heute frisch eingetroffen:
Schnupftabake und Rauchtabake.

Tel. 4004. **Otto Ranher** Tel. 4004.
Pforzheim, Weiherstraße 35,
empfiehlt

**Stab- und Formeisen, Bleche jeder Art,
Röhren und Fittings, SM-Stahl, Blank-
Material, Kleineisenwaren.**

Spezialität: **Drabstifte und Drähte**
zu vorteilhaften Preisen.

Große schöne
Trikot-Keite

natur zu Hemden, Hosen usw.,
marine zu Reformhosen, Kindersachen,
1 Ko. A. 7.50, versendet

E. Hausch, Befigheim,
mech. Trikotweberei.

Markisendrella

in versch. Farben, auch imprägniert,
Matrazendrell, Bettbarchent

empfiehlt vorteilhaft

Oskar Burghard

Zerronnenstr. 1-3 Pforzheim Telefon 163.

Spezialgeschäft für Gardinen,
Möbelstoffe, Teppiche, Vorlagen, Artikel
für Innen-Dekoration.



**Leinkuchen-Mehl,
Mohnkuchen-Mehl,
Repskuchen-Mehl,
Kokoskuchen,
Erdbnußkuchen,**

garantiert rein, zu billigen Tages-
preisen. Großabnehmer erhalten
Rabatt.

Auch tauche ich sämtliche Orbsorten
sodort gegen Del ein.

Alfred Reclam, Nagold,
Fernsprecher 101.

Ehrliches

Mädchen,

im Kochen bewandert und in allen sonstigen Hausarbeiten
erfahren, wird für sofort in guten Haushalt nach Pforzheim
gesucht. Gehalt 25 Mark.
Zuschriften mit Zeugnissen an **Otto Bausky, Fabrikant,**
Pforzheim, Bähringer-Allee 67.

WH

Pfannkuch & Co

Eingetroffen:

**1 Waggon
Most-
Rosinen,**

jetzter

**Zapfs und
Heinens
Mostanfaß**

für 50 Ltr. 1.50 Mt.,
für 100 Ltr. 3.— Mt.,
für 150 Ltr. 4.50 Mt.

Pfannkuch & Co

Dobel.

1 tüchtiges, ehrliches
Mädchen,

für den Haushalt auf 1. oder
15. April gesucht.

Frau **Anna Kramer.**

Wir suchen zum alsbaldigen
Eintritt zwei

Hausmädchen

gegen hohen Lohn bei freier
Station.

**Städtisches Krankenhaus
Pforzheim.**

Tüchtiges
Mädchen

in gut bürg. Küche und Hand-
halt erfahren und sauberes,
fleißiges

Zimmermädchen,

im Nähen und Bügeln be-
wandert, zum 1. April oder
später gesucht. Guter Lohn
und Behandlung. Zeugnisse
und möglichst Bild erbeten.

Frau **H. Ostermayer,**
Pforzheim, Marktplatz 12.

Schwann.

**Rotklee, Luzerne,
Futtererbsen,
Futterwicken**

empfiehlt
Carl Wentner, Gärtnerei

Ottenhausen.

Ich habe einen 4 Monate
alten

 **Zucht-
Eber**

zu verkaufen
Hr. Schmidt, Hochmühle.

Bauhütte.

Donnerstag, 27. März, abds
8 Uhr „Schumacher“.

WH

Wegung
Hauptmannschaft
zu Goldjungen.
Bei im Orts- u. A.
versteht, sowie im
wäld. Bezirk
Jesang u. Hofbes.
Briele stellen
Kocherhebung von
Preis einer Stamm-
pfeilige
zu stellen von
nalt besteht teil
auf Lieferung des
aber auf Rinder-
Bezugpreis

Befragungen
Kocher, in
anßerdem die
jederzeit entg.

Grafenort Nr. 1
O.L.-Gasthof

Nr. 7

Die Ansicht

Der Verband
in der Nieder-
Samböng ab. S.
weinnigiger B.
zahl von Städte
verschiedene Be-
Den Bericht
Kornweibheim
100 Baugesell-
bern, ferner 5
weinden umfasst
geschlossenen Be-
zungen im Ban-
nahme weiterer
ist unbedingt e-
50 000 Wohnun-
3000 Ar unbed.
Schwierigkeiten
lung. Die Be-
größeres eigen-
Die Geschäfts-
Das Vertrauen
licht hohe Aufw-
ten Geschäftsm-
reiche Baugesell-
Klöffen.

Obertönnin
die Tätigkeit des
Bandrevisor St-
ten und Verband
des Bauwerks.
heute um 40-50

Die mit gro-
Vertreter des
Kensler, über
nungsbauten
men der Regier-
gend angeben
Wohnungs-
würt. Bauver-
des Wohnungs-
Schaffung einer
den. Diese Auf-
welche die 3. S.
Von dieser Sten-
Wohnungs-
vorordnung eben-
darleben erstelle
der Beihilfe soll
men. Ferner w-
versicherung der
Wohnungs-
einzuheben und
schlichen Bestim-
bilanzstätt werde
bestimmten Ange-
3000-4000 Mar-
Jahres von 6-
Baugesell-
ten, inwiefern h-
Bage sind und
troffen.

Nach längerer
der Regierung
zulegen: Der
das Wohnungs-
richtung einer so-
geführt werden
Ebennotwendig
sich zum Wohn-
kreditanstalt ver-
Prozent der Mi-
ist völlig ungen-
Mietinsolvenz
Pau von Wohn-
dung der Miet-
bedürfnisse ist
die Mietinsolvenz
zum größten Te-
nen, so müssen
zur Schaffung
Wohnungen auf
werden. Als ein-
ders geeignet, d-
Küstenauschusses
Lemberg, den w-
bringend empfehl-
einmalige Arbeit
Angehrts der
Einkommens der
sen in Betracht
Gestaltung eine
dingtes Erwerb-
ändert in We-
Lemberg e. S.

Stuttgart, 2
für den Verband
der Deutsch-dema
er wohl, wie aus

